

Elfte Sitzung – Onzième séance

Dienstag, 5. Oktober 1999

Mardi 5 octobre 1999

08.00 h

Vorsitz – Présidence:

Heberlein Trix (R, ZH)/Seiler Hanspeter (V, BE)

99.030

Militärische Bauten (Bauprogramm 1999)

Ouvrages militaires (Programme de constructions 1999)

Botschaft und Beschlussentwurf vom 31. März 1999 (BBl 1999 3670)
Message et projet d'arrêté du 31 mars 1999 (FF 1999 3361)

Beschluss des Ständerates vom 7. Juni 1999
Décision du Conseil des Etats du 7 juin 1999

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Eintreten

Antrag Hollenstein
Nichteintreten

Proposition de la commission
Entrer en matière

Proposition Hollenstein
Ne pas entrer en matière

Hollenstein Pia (G, SG): Ich bitte Sie, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Fast 18 Millionen Franken sollen für den Bau eines Übungsdorfes ausgegeben werden. «Nur» 18 Millionen Franken – für einige von Ihnen ist dies nichts. Für mich sind 18 Millionen Franken genau 18 Millionen Franken zuviel, um ein Dorf für Krieg in überbautem Gebiet zu bauen. Theoretisch setzt das VBS vermehrt auf Prävention. Dies hiesse, konkrete Konzeptionen vorzulegen, wie Kriege verhütet werden können. Prävention heisst nicht, in die Köpfe der zum Militärdienst verknurrten Männer das Bild des bewaffneten Häuserkampfes zu plazieren. Wo Häuser sind, lebt die Zivilbevölkerung, leben Frauen und Kinder; da hat ein Häuserkampf nichts zu suchen. Wenn schon solche Spiele, dann wenigstens bitte dort, wo nicht impliziert wird, dass Frauen und Kinder betroffen sind.

Worum geht es also konkret mit dem militärischen Bauprogramm 1999? Es geht um «Echtgelände». In diesem «Echtgelände» sollen die mechanisierte Beweglichkeit und der Einsatz von schweren Waffen im überbauten Gebiet als neue Gefechtsform ausgebildet werden, und das Ganze wird in der Botschaft als Kriegsverhinderung verkauft!

Diese bebaute Spielwiese für zwangsverpflichtete Männer sollen wir uns 17,9 Millionen Franken kosten lassen. Ich habe echt keine Lust, fast 18 Millionen Franken zu sprechen, damit an Simulatoren trainiert wird, mit dem Ziel, die Hemmschwelle zum Schiessen herunterzusetzen. Diese heruntergesetzte Hemmschwelle zum Schiessen kann auch ihre Auswirkungen im Privatleben haben. Dafür möchte ich keinen Rappen sprechen. Die meistbefahrenen Strassen und Pisten im «Geisterdorf» sollen mit Asphalt- und Betonbelägen ausgeführt werden. Damit wird die Schweiz wiederum viele Qua-

dratmeter reicher an versiegeltem Boden. Alle Gebäude sollen Fenster- und Türläden erhalten. Wieso? Zum Schutz vor «Übergriffen oder unbefugtem Betreten». Das «Geisterdorf» wird also selbst zur Gefahr. Aber die Fenster- und Türläden werden die Gefahr mindern.

So ganz echt soll das einzigartige Juradorf doch nicht aussehen: Eine Kirche fehlt, für den «Eroberungssturm» tut es auch der Schlauchtrockenraum der supponierten Feuerwehr. Die Anlage soll auch auf die Ausbildungsbedürfnisse des «Häuserturnens» ausgerichtet sein. Was soll das «Häuserturnen»? Gäbe es nicht kreativere Möglichkeiten, als 18 Millionen Franken für das «Häuserturnen» in den Sand zu setzen? Mir ist auch nicht bekannt, inwiefern «Häuserturnen» zum Frieden auf dieser Welt je etwas beigetragen hat. Übrigens stellt sich der Kampf des VBS für den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilien im nachhinein auch als Spiegelfechterei heraus.

Die 18 Millionen Franken sollen dem Parlament mit der Begründung schmackhaft gemacht werden, es handle sich hier um das kleinste Bauprogramm seit Jahren. Dies ist nur die halbe Wahrheit: Auch dieses Jahr werden im sogenannten «Bauvoranschlag» ohne Botschaft des Bundesrates Ausgaben im Umfang von 167,9 Millionen Franken getätigt. Real werden 1999 276 Millionen Franken für Militärbauten ausgegeben. Im nächsten Jahr sollen 386 Millionen Franken bewilligt werden. Der Anteil der Armeebauten soll von 186 Millionen Franken dieses Jahr auf 212 Millionen Franken im Jahr 2000, dann auf 283 und 315 Millionen Franken steigen («Tagess-Anzeiger» vom 19. August 1999).

Im Jahr 2000 ist total mehr als eine Milliarde Franken an militärischen Baukrediten abzubezahlen. Welch ein Millennium-Geschenk! Die Begehren des VBS nehmen kein Ende. Irgendwann ist dem Verlochen von Militärmillionen ein Riegel vorzuschieben. Im letzten Jahr sprach ein internes Papier des VBS von einem Abbau der Waffenplätze von heute offiziell 39 auf 25. Auch im Sachplan Waffen- und Schiessplätze ist eine Reduktion der Waffenplätze vorgesehen. Eine verkleinerte Armee braucht weniger Kampfgebiete und weniger Anlagen und sollte keine zusätzlichen Begehrlichkeiten haben. Für mich und viele Menschen in diesem Land ist nicht einleuchtend, weshalb für weniger Anlagen mehr Geld auf die Seite gelegt werden soll.

Das einzig Richtige wäre ein Baustopp, bis klar ist, wie eine zukünftige Armee sich formiert. Dass dann gerade Häuserkampfplätze an oberster Stelle stehen werden, ist doch eher unwahrscheinlich! Seit April ist zudem in Walenstadt ein weiteres «Geisterdorf» im Bau – dies ohne Transparenz und Beschluss des Parlamentes.

In der Zukunft über 300 Millionen Franken pro Jahr für kriegerische Zwecke auszugeben, ist angesichts der tatsächlichen Probleme in diesem Land ein absoluter Verhältnissinn – um wieviel sinnvollere Investitionen könnten doch getätigt werden als jene in militärische Baukredite! Die Liste sinnvoller Projekte ist unbegrenzt lang – meine Sprechzeit würde da nicht ausreichen! Wie lange leisten wir uns täglich noch 15 Millionen Franken Armeeaussgaben? Heute gilt es ein in die Zukunft gerichtetes Zeichen zu setzen!

Im Namen der grossen Mehrheit der grünen Fraktion bitte ich Sie, die Millionen für die geplanten «Geisterhäuser» nicht zu sprechen und auf die Vorlage entsprechend nicht einzutreten.

Meier Hans (G, ZH), Berichterstatter: Das militärische Bauprogramm 1999 umfasst nur ein einziges Bauvorhaben. Es handelt sich um den Bau eines Übungsdorfes auf dem Waffenplatz Bure zur Ausbildung des Kampfes im überbauten Gebiet. Mit einem Verpflichtungskredit von 17,9 Millionen Franken ist das vorliegende Bauprogramm 1999 das kleinste seit über 30 Jahren. Dass der Verpflichtungskredit nur 17,9 Millionen Franken beträgt, hat drei Hauptgründe:

1. Die militärischen Bauvorhaben wurden wegen dem konsequenten Sparkurs im VBS einer sorgfältigen Beurteilung und einer konsequenten Priorisierung unterzogen.
2. Die militärischen Bauvorhaben werden nach den Bedürfnissen der künftigen «Armee XXI» streng etappiert

3. Eine grosse Zahl von Bauvorhaben – all jene, die unter der Grenze von 10 Millionen Franken liegen – wurden bereits mit dem Staatsvoranschlag bewilligt. Zur Erinnerung: Im Rahmen des Voranschlages 1999 hat das Parlament für militärische Bauvorhaben unter der 10-Millionen-Grenze und auch für deren Unterhalt und Instandstellung im Dezember 1998 bereits rund 300 Millionen Franken bewilligt.

In Zukunft wird das heute gültige Verfahren betreffend Verpflichtungskredite für militärische Bauten geändert. Am 22. November 1999 wird Ihre Sicherheitspolitische Kommission die Immobilienbotschaft 2000 behandeln. Diese Botschaft umfasst alle militärischen Bauten, auch diejenigen unter 10 Millionen Franken, sowie deren Unterhalt und Instandstellung. Das neue Parlament wird diese Kreditbegehren im Rahmen des Voranschlages 2000 im nächsten Dezember behandeln.

Auch in der künftigen «Armee XXI» bleibt die Verteidigung unseres Landes ein Hauptauftrag. Verteidigung in unserem Land bedeutet aber Kampf im überbauten Gebiet. Bis heute spielte sich diese Ausbildung im Rahmen von Manöverübungen im Echtgelände ab. Wir alle kennen die Schwierigkeiten und Probleme, die entstehen, wenn mechanisierte Verbände im dichtbesiedelten Gebiet im Mittelland üben. Gewiss bestehen bereits heute auf verschiedenen Waffenplätzen Ortskampfanlagen. Diese Anlagen ermöglichen wohl die Ausbildung der Kampfinfanterie, sind aber für die Ausbildung von mechanisierten Verbänden völlig ungeeignet. Es besteht das Bedürfnis, die mechanisierte Beweglichkeit und den Einsatz von schweren Waffen in überbautem Gebiet als neue Gefechtsform auszubilden. Dabei sind im Umfeld der Bewegungs- und Annäherungsmöglichkeiten realistische Dimensionen notwendig.

Das vorgesehene Übungsdorf auf dem Waffenplatz Bure entspricht diesen Bedürfnissen und wird eine gute Ausbildung der mechanisierten Verbände für den Kampf im überbauten Gebiet ermöglichen. Nachzutragen bleibt, dass in dieser Anlage aus Sicherheitsgründen keine Kriegsmunition zum Einsatz kommt. Es wird vor allem mit Schiessimulatoren geübt werden. Ursprünglich sollten 50 Gebäude für 32 Millionen Franken gebaut werden. Wegen dem harten Sparkurs beim VBS wurde das Projekt auf 32 Bauten reduziert; so konnten rund 15 Millionen Franken eingespart werden. Das Übungsdorf mit seinen 32 Gebäuden sowie verschiedenen Strassen und Kreuzungen vermittelt ein realistisches Bild eines Schweizer Dorfes. Die Gebäude sind robust und einfach gebaut. Der Kubikmeterpreis beträgt für das Dienstgebäude 293 Franken; die übrigen 31 Ausbildungsgebäude kosten 186 Franken pro Kubikmeter.

Das Kreditbegehren beläuft sich auf weniger als 20 Millionen Franken und untersteht deshalb nicht der Ausgabenbremse. Ihre Kommission hat das Kreditbegehren in der Vorberatung einstimmig mit 19 zu 0 Stimmen gutgeheissen.

Frau Hollenstein, es handelt sich hier nicht um ein «Geisterdorf». Wir haben es noch nicht gesehen, aber wir haben ein ähnliches Dorf in Frankreich auf dem Waffenplatz von mechanisierten Verbänden angeschaut; es handelt sich um eine normale Übungsanlage auf einem Waffenplatz.

Die Kommission bittet Sie, auf die Vorlage einzutreten, dem Verpflichtungskredit von 17,9 Millionen Franken zuzustimmen und den Nichteintretensantrag Hollenstein abzulehnen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Chaque année, les deux Conseils de notre Parlement sont appelés à discuter et à approuver le programme des constructions militaires. Généralement, il s'agit de programmes qui demandent des crédits importants, que les Conseils approuvent avec des majorités confortables, tout au plus avec des oppositions venant de la gauche.

Le programme des constructions de 1999, tout en rentrant dans les événements annuels incontournables, constitue un cas particulier par le montant modeste de son investissement – 17,9 millions de francs –, par son approbation dans la commission – l'unanimité de ses membres, y compris le représentant du groupe écologiste, présent lors de la discussion, et cela pour l'entrée en matière comme pour le vote fi-

nal. Ceci explique pourquoi vous avez aujourd'hui comme rapporteurs deux représentants de deux groupes généralement très critiques en matière de dépenses militaires.

En ce qui concerne la proposition Hollenstein, je dois rappeler qu'aujourd'hui nous sommes appelés à discuter d'un crédit spécifique de près de 18 millions de francs. Pour la question des autres crédits déjà votés dans le cadre du budget, je pense que M. Ogi, conseiller fédéral, va répondre, mais c'est une question qui doit être posée en dehors du message que nous sommes en train de discuter.

Le crédit qui nous est demandé devra servir pour des constructions qui seront réalisées sur la place d'armes de Bure, non loin de Porrentruy. Il s'agit de construire un village, entre guillemets, d'exercice pour les troupes mécanisées qui consiste en 32 bâtiments aux formes simplifiées, en différentes rues et croisements aménagés comme une vraie agglomération avec barrières et jardins. Le village sera utilisé pour l'instruction des troupes mécanisées – chars, grenadiers de char, artillerie mécanisée, infanterie mécanisée, génie mécanisé – aux opérations en zones urbaines et urbanisées.

On nous a expliqué, et clairement affirmé, que la munition de guerre ne sera pas utilisée lors des exercices dans ce village. On aura recours à des cibles électroniques, qui nous ont été montrées, rendant compte des impacts laser. C'est ce que les militaires appellent le système «SIMUG».

Actuellement, à Bure, pour rappeler ce détail, il existe déjà un ensemble de trois à cinq maisons qui permettent des exercices au seul échelon d'instruction de section, tout au plus de compagnie, mais il n'y a rien pour les troupes mécanisées. Avec les nouvelles constructions, on veut parvenir à entraîner un bataillon mécanisé aux tirs simulés provenant des chars lance-mines, de l'artillerie, de l'infanterie armée de fusils, de «Panzerfaust» ou de mitrailleuses. La place d'armes de Bure est, semble-t-il, la seule qui se prête à des exercices de ce genre et à ce niveau. La réalisation d'un tel village s'insère donc, selon les renseignements que nous avons reçus, dans un concept qui comprend aussi le recours à la simulation, et se justifie aussi en considération des difficultés à organiser des cours d'instruction avec des munitions de guerre. Le premier projet comprenait 50 bâtiments et prévoyait un crédit de 32 millions de francs. Le Conseil fédéral et le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports ont réduit le projet aux seuls éléments indispensables à l'instruction, ce qui a permis de ramener le crédit demandé à 17,9 millions de francs.

Parmi les bâtiments prévus, un seul sera conçu pour d'autres usages que des exercices de combat simulé. Il s'agit d'un bâtiment qui comprendra des installations sanitaires et quelques salles.

La discussion, dans la commission, n'a pas été très longue et elle s'est concentrée sur des aspects particuliers comme l'attitude de la population de la région, jugée plutôt positive par les militaires intéressés, ou sur le fait que la place d'armes de Bure est très proche de la France. Le choix de cette place, nous a-t-on dit, s'explique par le fait que c'est la seule place mécanisée de Suisse ayant la possibilité de mettre en action, dans un exercice, un bataillon entier. Les militaires, quant à eux, n'excluent pas qu'il faudra des projets dans d'autres places d'armes.

Votre commission, à l'unanimité, vous invite à entrer en matière et à approuver le programme des constructions de 1999.

Günter Paul (S, BE): Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit zu. Die Sicherheitspolitische Kommission hat das Geschäft behandelt, und die Kommissionssprecher haben Ihnen erläutert, dass dem Geschäft in der Kommission keine Opposition erwachsen ist. Wie sollte sie auch opponieren? Es handelt sich um das kleinste militärische Bauprogramm seit Jahren. Das VBS erklärt uns das damit, dass man die Vorlagen sorgfältig beurteilt – mit der Etappierung wegen mangelnder Finanzen und mit der grossen Zurückhaltung bei neuen Projekten, weil man noch nicht genau weiss, wie sich die Armee weiterentwickeln wird. Die bevorstehende Volksabstimmung über die Umverteilungs-Initiative der SP dürfte bei der neuen

Bescheidenheit ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Der wichtigste Grund ist aber ein anderer: Unsere Kommission bestimmt über Brosamen, während der Grossteil der Kredite für militärische Bauten gar nicht bis in die Kommission kommt. Wir wissen nicht, wieviel Geld sonst noch ausgegeben wird, und vor allem nicht, wofür.

Durch die Ausführungen von Herrn Muster in der Kommission wissen wir seit kurzem, dass nächstes Jahr besser informiert werden soll. Neben den Krediten für die Objekte, die uns vorgelegt werden müssen – da die Kredite mehr als 10 Millionen Franken betragen – sollen nächstes Jahr rund 70 weitere Objekte gebaut werden, die alle unter 10 Millionen Franken kosten werden. Sie werden der SiK nicht vorgelegt werden. Zusammengezählt betragen die Baukosten dafür nächstes Jahr 190 Millionen Franken. Weitere 140 Millionen Franken sollen in den Unterhalt von Anlagen gesteckt werden. So wissen wir zumindest für nächstes Jahr ganz genau, zu welchen Geldausgaben und zu welchen Objekten wir nichts zu sagen haben. Für dieses Jahr weiss zumindest ich es nicht, und es wäre schön, Herr Bundesrat Ogi, wenn Sie uns noch einmal erklären würden, wieviel Geld dieses Jahr wofür verbaut wird, ohne dass die SiK etwas dazu zu sagen hatte.

Die SP-Fraktion verlangt seit Jahren mehr Transparenz, und wir freuen uns natürlich darauf, dass der Schleier über diesen Geheimnissen nächstes Jahr gelüftet wird, denn mehr Transparenz ist dringend nötig. Es muss möglich sein, dass die SiK auch Objekte hinterfragt, deren Kosten unter dem Betrag von 10 Millionen Franken liegen, und in bestimmten Fällen die Ausführung derselben verweigert.

Halten wir uns die Zahlen vor Augen: Wir reden hier – bzw. wir reden eben nicht – über eine Summe, mit der man die Expo.01 problemlos hätte sanieren können. Die Frage sei erlaubt: Was wäre für unser Land wohl wichtiger: eine Expo, welche alle Arten von Innovation anregt und generiert, oder ein Weiterbau an der bereits überdimensionierten Alpenfestung?

Natürlich wird es vom Militär nicht gerne gesehen, wenn sich Parlamentarier und vor allem Parlamentarierinnen in dessen Geheimnisse einmischen. Wir haben uns den diesbezüglichen Unwillen bereits 1990 zugezogen, als wir den Sinn des Bundesratsbunkers hinterfragen wollten. Obwohl damals die Berliner Mauer bereits gefallen war, wurde das Infragestellen dieses Vorhabens quasi mit einem Landesverrat gleichgesetzt. Der Bundesrat wollte damals auch einen Bunker – die Militärs hatten schon einen –, damit nicht nur der General mit seinen Getreuen den nuklearen Winter überleben, sondern auch der Bundesrat vom Bunker aus die Bevölkerung regieren könnte, die in diesem Fall gar nicht mehr existieren würde.

Heute anerkennt der Bundesrat, dass diese Ausgabe von einer Viertelmilliarde Franken wohl nicht die intelligenteste Investition war, und er ist auch bereit, zuzugeben, dass heute das Hauptszenario für das Instandhalten des Bunkers ein schwerer Kernkraftwerkunfall im Kraftwerk Mühleberg ist. Dies alles sind zwar Dinge, die man schon vor neun Jahren einer kleinen Kommission erzählte, aber bisher gegenüber der Öffentlichkeit nie bestätigten wollte.

Zurück zur Vorlage und den vielen Objekten unter 10 Millionen Franken, die ohne Behandlung in der SiK bewilligt werden: Erinnern wir uns daran, dass der Bundesratsbunker auch nie traktandiert wurde. Das Budget wurde immer jahresweise vorgelegt, es wurde in Tranchen budgetiert. Sogar 1990 bei der grossen Diskussion über den Bundesratsbunker war der Posten, in dem der Kredit steckte, mit «Geländeverstärkungen» überschrieben. Angesichts dieser Vergangenheit scheint uns vor allem eine bessere Kontrolle der unkontrollierten Posten bei den militärischen Ausgaben eine dringende Notwendigkeit. Hier muss der Hebel angesetzt werden; hier müssen die parlamentarische Diskussion und Kontrolle endlich stattfinden.

Das Geschäft, das uns heute vorliegt, ist nur ein Feigenblatt für eine viel ausgedehntere Bau- und Entwicklungstätigkeit. Dem Feigenblatt kann problemlos zugestimmt werden, aber die weiteren Bauten bedürfen dringend der Untersuchung und der Diskussion.

Freund Jakob (V, AR): Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den Bundesbeschluss über militärische Bauten und wird dem Bauprogramm 1999 zustimmen.

Wie schon die Kommissionssprecher ausgeführt haben, ist das Bauprogramm 1999 das kleinste seit vielen Jahren. Es besteht aus einem Bauwerk, einem Übungsdorf, und ist den voraussichtlichen Bedürfnissen der «Armee XXI» angepasst. Die SVP-Fraktion sieht auch die Notwendigkeit ein, dass den mechanisierten Truppen computerunterstützte Übungsanlagen zur Verfügung gestellt werden müssen, denn im dicht-überbauten und dichtbewohnten Mittelland ist das Üben der Gefechtstechnik mit Panzern und anderen schweren Waffen kaum mehr möglich.

Dass die Verantwortlichen für die Realisierung dieser Übungsanlage den Waffenplatz Bure ausgesucht haben, ist vom Areal her verständlich, steht doch eine komfortable Gesamtfläche von 880 Hektaren zur Verfügung, wovon der grösste Teil an Frankreich grenzt.

Zur geographischen Lage hat die SVP-Fraktion aber noch einige Fragen an den Bundesrat: Wurden auch zentraler gelegene Standorte in der Schweiz geprüft? Wenn ja, welche? Wie stellt sich die unmittelbar angrenzende Bevölkerung zu diesem Bauwerk? Mussten besondere Bedingungen wie Schusszahlbeschränkungen und bestimmte Benutzungszeiten eingehalten werden? Wurden auch die Behörden und die Bevölkerung auf der französischen Seite über das Bauvorhaben informiert? Wie stellen sich die weitere Region und die Kantonsregierung zu dieser Anlage? Ich stelle diese Frage unter dem Gesichtspunkt, dass viele Wehrmänner, die in dieser Region ihren Militärdienst geleistet haben, die Einwohnerschaft nicht unbedingt als militärfreundlich einschätzen. Sehr erfreut war die SVP-Delegation in der Sicherheitspolitischen Kommission über das Abstimmungsergebnis in der Kommission: Der vorliegende Bundesbeschluss wurde mit 19 zu 0 Stimmen angenommen.

Diesem eindeutigen Resultat zufolge qualifizieren wir den Nichteintretensantrag Hollenstein als reinen Profilierungsversuch vor den Wahlen und bitten Sie, auf den Bundesbeschluss über militärische Bauten einzutreten und dem Bauprogramm 1999 zuzustimmen.

Eberhard Anton (C, SZ): Die CVP-Fraktion stimmt dem militärischen Bauprogramm 1999 zu und nimmt zur Kenntnis, dass es sich um das kleinste seit über 30 Jahren handelt. Wir anerkennen, dass das VBS damit einen Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen leistet und keine unnötigen Projekte vorlegt. Der Verpflichtungskredit von 17,9 Millionen Franken ist für den Bau des Übungsdorfes auf dem Waffenplatz Bure vorgesehen. Diese Anlage dient der Ausbildung, der Kampfschulung im überbauten Gebiet. Wegen der fortschreitenden Überbauung des Mittellandes ist diese Ausbildung in bewohnten Gebieten, vor allem wegen der Lärmemissionen, des Landschafts- und auch der Behinderung der Bevölkerung nicht mehr möglich. Eine professionelle Ausbildung und Schulung für mechanisierte Formationen in Häusern- sowie im Ortskampf bedingt aber die nötigen Einrichtungen. Zurzeit verfügt die Schweiz über keinerlei derartige Einrichtungen, wo diese Schulung realitätsnah gemacht werden kann. Deshalb entspricht dieses Begehren einem ausgewiesenen Bedürfnis für die künftige Bereitschaft zur Kriegsverhinderung und zur Verteidigung.

Das vorliegende Projekt, Frau Hollenstein, wurde bereits um 15 Millionen Franken gekürzt. Es wurde in der Grösse reduziert – weniger Gebäude und Strassen –, und es wurde auch eine einfachere Bauart gewählt. Es entspricht deshalb der minimalen Anforderung, die an eine solche Anlage gestellt werden muss.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten auf das militärische Bauprogramm und stimmt dem Verpflichtungskredit von 17,9 Millionen Franken zu.

Ruf Markus (U, BE): Namens der LdU/EVP-Fraktion empfehle ich Ihnen, auf die Vorlage der diesjährigen militärischen Botschaft über militärische Bauten, die bekanntlich noch als einziges Projekt jenes eines Übungsdorfes für die Ausbil-

dung zum «Kampf in überbautem Gebiet» (Kiug) auf dem Waffenplatz Bure enthält, einzutreten und sie zu genehmigen. Unsere Fraktion, die in der Sicherheitspolitischen Kommission mit zwei Mitgliedern vertreten ist, hat das Bauprogramm eingehend studiert und stimmt ihm namentlich aus folgenden Überlegungen zu:

Der Waffenplatz Bure ist ein eidgenössischer Waffenplatz; er wurde mit der Baubotschaft 1957 bewilligt und im Laufe der Zeit ausgebaut. Die Arealfläche des gesamten Waffenplatzgebietes beträgt 880 Hektaren, davon sind 650 Hektaren für die Ausbildung ausgeschieden. Bure ist damit einer der grössten Waffenplätze der Schweizer Armee und der einzige und wichtigste Ausbildungsplatz für Panzer- respektive mechanisierte Formationen. Auf diesem Platz kann die Ausbildung sowohl im Fahren wie auch im Simulationsschiessen bis auf Stufe Truppenkörper geschult werden.

In der Begründung des Nichteintretensantrags wurde die Notwendigkeit des Übungsdorfes explizit bestritten. Weshalb ist dieses Dorf für die Kiug-Ausbildung nötig? Die Geschichte zeigt, dass sich das moderne mechanisierte Gefecht auch im bewohnten Gebiet abspielen kann, gerade in der Schweiz wäre dies vor allem der Fall. Die mechanisierten Truppen verfügen heute über keine entsprechende Ausbildungsinfrastruktur. Ein Übungsdorf muss aus mehreren Häusern verschiedener Art, aber auch aus Strassen und Plätzen bestehen, damit die Ausbildung effizient und realitätsnah möglich wird.

Dies führt zur Frage, weshalb das Dorf gerade in Bure stehen muss. Der Waffenplatz Bure bietet heute das einzige bundeseigene Übungsgelände an, welches für einen derartigen Ausbau geeignet ist. Nach dem Ausbau kann die Kampfausbildung im überbauten Gelände für mechanisierte Formationen, Panzer- und Artillerieformationen durchgeführt werden. Die mechanisierte Beweglichkeit und der Einsatz der schweren Waffen im überbauten Gebiet sind als neue Gefechtsform auszubilden. Dabei sind für die Bewegungs- und Annäherungsmöglichkeiten realistische Dimensionen notwendig. Das bestehende bundeseigene Übungsgelände von Bure umfasst eine Tiefe von 10 bis 12 Kilometern und eine Breite von 500 bis 1000 Metern. Das natürliche Gelände in diesem Raum bietet bereits heute die notwendigen Achsen, Kreuzungen und Querachsen an, die in den Gesamtrahmen der geplanten Ortschaftsbildung einbezogen werden können. Das Gelände bietet in der Tiefe die notwendige Geländekammerung und besitzt die verschiedenen Bedeckungen, teilweise auch natürliche Hindernisse. Geradezu als ideal bietet sich auch die Simulationsanlage für Gefechtsübungen auf Gegenseitigkeit an.

Mit anderen Worten: Der Waffenplatz Bure bietet in einem einzigen Raum das erforderliche Übungsgelände an. Er wird notabene nur ausgebaut und entsteht nicht neu. Der Umweltverträglichkeit, der Ökologie wird angemessen Rechnung getragen. Das Projekt hat die Vorprüfung überstanden; die daraus resultierenden Massnahmen sind definiert und im Projekt bereits integriert worden.

Noch einige kurze Bemerkungen zu den Projektkosten und zum Betriebskonzept: Das Projekt ist Kosten-Nutzen-optimiert. Ursprünglich waren Kosten geschätzt worden, die sich in der Höhe von 30 Millionen Franken bewegten. In der Projektierungsphase wurden dann alle Bedürfnisse bezüglich Grösse, Anzahl und Qualität immer wieder hinterfragt und überprüft. Es wurden beispielsweise die Anzahl Häuser und auch die Flächen der Strassen und Plätze reduziert. Zudem wurde die Qualität der Häuser mit einem einfachen und robusten Standard geplant. So konnte ohne wesentliche Nutzen einbusse ein Projekt für nun rund 18 Millionen Franken aufgelegt werden, das den grossen Anforderungen in allen Belangen gerecht zu werden verspricht. Die Anlage wird gut belegt und ausgenutzt sein. Je nach Ausbildungsthema und -ziel der auszubildenden Truppen sind auch Doppelbelegungen möglich. Die Betriebskosten werden tief gehalten werden können.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Das Bedürfnis für ein Kiug-Übungsdorf auf dem Waffenplatz Bure ist weitestgehend unbestritten; die Notwendigkeit ist anerkannt. Das vor-

liegende Projekt ist realistisch und ausführungsfähig; es ist Kosten-Nutzen-optimiert, bedürfnisgerecht und massvoll. Aus diesen Gründen spricht sich die LdU/EVP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage aus.

Ogi Adolf, Bundesrat: Der Kommissionssprecher, Herr Meier Hans, hat seiner Parteikollegin, Frau Hollenstein, eine so gute und so klare Antwort gegeben, dass ich, was das Bauprogramm 1999 anbetrifft, nichts mehr beizufügen habe. Das gleiche hat auch Herr Carobbio in französischer Sprache getan, und nachdem alle Fraktionssprecher die Baubotschaft des VBS befürworten – dafür bin ich dankbar –, kann ich mich noch auf einige Fragen konzentrieren, die hier gestellt wurden.

Zu Frau Hollenstein vielleicht nur noch soviel: Männer werden nicht zum Dienst verknurrt. Die allgemeine Wehrpflicht ist ein nobler Dienst am Staat und für den Staat und ist bei uns eine demokratisch abgestützte Bürgerpflicht; Kampf im überbauten Gebiet ist kein Spiel, Ortskampf ist z. B. auch ein echtes Training für die Bewachung von Botschaften. Ein Abbau von 39 auf 25 Waffenplätze ist nicht geplant, hingegen ist eine Überprüfung des Ausbaus im Gange, in Richtung Modernisierung im Zusammenhang mit dem vermehrten Einsatz von Simulatoren.

In bezug auf die Fragen von Herrn Günter möchte ich bestätigen, dass die Projekte unter 10 Millionen Franken bislang mit dem Bauvoranschlag im Rahmen des Staatsvoranschlags jeweils im Dezember zur Genehmigung beantragt werden. Im Bauvoranschlag 1999 waren beispielsweise rund 60 Projekte enthalten, welche zusammen eine Summe von rund 168 Millionen Franken ausmachen. Diese Trennung der Kreditpakete erfolgt nun letztmals, der frühere Bauvoranschlag entfällt. Inskünftig wird das VBS dem Parlament jährlich eine umfassende Immobilienbotschaft vorlegen.

Aber ich möchte Ihnen noch sagen, Herr Günter, dass militärische Bauvorlagen nicht geheim sind, einzelne sind nur vertraulich. Die Finanzkommission erhält Einblick in alle Vorlagen; neu, also Ende 1999, wird die Immobilienbotschaft mit allen Projekten der SiK vorgelegt. Die Finanzkommission nimmt, wie bisher auch schon, noch dazu Stellung.

Zu den fünf Fragen von Herrn Freund:

1. Wurden auch zentraler gelegene Standorte in der Schweiz geprüft? – Ja, beispielsweise Drogens. Aber hier gibt es die Einschränkung dadurch, dass es um mechanisierte Übungen geht und es natürlich sehr viel Platz braucht.
2. Wie stellt sich die unmittelbar benachbarte Bevölkerung zu diesem Bauwerk? – Die Absprachen und Abklärungen haben ergeben: positiv, besonders die Gemeinde Bure.
3. Mussten besondere Bedingungen wie Schusszahlbeschränkungen eingegangen werden? – Hier möchte ich festhalten, dass keine Scharfschiess-, sondern nur Simulatorenübungen vorgesehen sind; damit gibt es keine Lärmprobleme und auch keine solchen Einschränkungen.
4. Wurden auch die Behörden und die Bevölkerung auf französischer Seite über dieses Bauvorhaben informiert? – Nein, sie wurden nicht informiert; wir stellen aber ein gutes Einvernehmen mit der französischen Seite fest.
5. Wie stellen sich die weitere Region und die Kantonsregierung zu dieser Anlage? – Die Kantonsregierung reagierte positiv; man erwartet Bauaufträge. Bei der Bevölkerung kann ich festhalten, dass die Mehrheit positiv zum Vorhaben und zum Waffenplatz im allgemeinen steht; die Zusammenarbeit ist auch gut.

Ich bitte Sie, den Nichteintretensantrag Hollenstein abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

| | |
|--|-------------|
| Für den Antrag der Kommission (Eintreten) | 114 Stimmen |
| Für den Antrag Hollenstein (Nichteintreten) | 30 Stimmen |

Bundesbeschluss über militärische Bauten Arrêté fédéral concernant des ouvrages militaires

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, nominatif

(Ref.: 3525)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Alder, Ammann Schoch, Antille, Aregger, Baader, Banga, Bangarter, Baumann Alexander, Beck, Bezzola, Binder, Bircher, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühler, Carobbio, Cavadini Adriano, Christen, Columberg, Comby, Debons, Dettling, Donati, Dormann, Ducrot, Dünki, Dupraz, Eberhard, Egerszegi, Ehrler, Engelberger, Epiney, Eymann, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Gadiant, Giezendanner, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Heim, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Kalbermatten, Keller Rudolf, Kofmel, Kühne, Kunz, Leu, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Maurer, Meier Hans, Meyer Thérèse, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Oehrli, Pelli, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Randegger, Ratti, Ruckstuhl, Ruf, Rychen, Sandoz Marcel, Schaller, Schenk, Scheurer, Schläuer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Speck, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner, Stucky, Suter, Theiler, Tschuppert, Vallender, Vetterli, Vogel, von Allmen, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zwygart (118)

Dagegen stimmen – Rejetten le projet:

Baumann Ruedi, Béguelin, Bühlmann, Fankhauser, Fässler, Geiser, Genger, Gonseth, Gross Andreas, Gysin Remo, Haering Binder, Hämmerle, Hollenstein, Hubmann, Jaquet, Jossen, Keller Christine, Kuhn, Maury Pasquier, Müller-Hemmi, Rechsteiner Rudolf, Roth, Semadeni, Spielmann, Stump, Teuscher, Thanei, Vermot, von Felten (29)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Aeppli, Berberat, Borel, Hafner Ursula, Herczog, Jeanprêtre, Leemann, Rennwald, Vollmer, Weber Agnes, Zbinden (11)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Baumann Stephanie, Baumberger, Blaser, Cavalli, Chiffelle, David, de Dardel, Dreher, Durrer, Eggly, Engler, Fasel, Fehr Hans, Fehr Jacqueline, Fritschi, Goll, Grobet, Gros Jean-Michel, Imhof, Jans, Jutzet, Lachat, Langenberger, Lauper, Marti Werner, Maspoli, Meyer Theo, Nabholz, Ostermann, Pini, Rechsteiner Paul, Ruffy, Scherrer Jürg, Simon, Steinegger, Strahm, Tschäppät, Tschopp, Waber, Wiederkehr, Ziegler (41)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:

Heberlein (1)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

97.028

Energie-Umwelt-Initiative. Solar-Initiative

Initiative énergie et environnement. Initiative solaire

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 1852 hiervor – Voir page 1852 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 30. September 1999

Décision du Conseil des Etats du 30 septembre 1999

A. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für die Belohnung des Energiesparens und gegen die Energieverschwendung (Energie-Umwelt-Initiative)»

A. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «destinée à encourager les économies d'énergie et à freiner le gaspillage (Initiative énergie et environnement)»

Art. 1a Abs. 2 Art. 24octies Abs. 6 Bst. a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Stucky, Baumann Alexander, Brunner Toni, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Philipona, Wyss)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1a al. 2 art. 24octies al. 6 let. a

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Stucky, Baumann Alexander, Brunner Toni, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Philipona, Wyss)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Epiney Simon (C, VS), rapporteur: Nous sommes donc au dernier round de la navette concernant les initiatives du domaine énergétique, tout particulièrement à propos de la norme constitutionnelle et de l'arrêté fédéral. Les deux divergences essentielles concernent le taux de la taxe sur l'énergie et la durée de validité de l'arrêté. Nous avons, pour le surplus, aplani quelques autres petites divergences.

D'abord, concernant l'arrêté A, à l'article 1a alinéa 2 et à propos de l'article 24octies alinéa 6 de la constitution, nous avons maintenu la décision que nous avions prise sur l'affectation du produit de la taxe sur l'énergie. Deux concepts s'affrontaient. Un premier concept consistait à dire que le produit de la taxe sur l'énergie doit être affecté en faveur des assurances sociales obligatoires prélevées sur les salaires. Nous avons étendu la possibilité d'affecter le produit de la taxe sur l'énergie également aux rentiers ou aux personnes sans revenu, sous la forme d'une possibilité, d'une «Kann-Vorschrift», qui serait donnée au Conseil fédéral et au Parlement dans le cadre de la législation d'application.

Nous avons maintenu, par 13 voix contre 7, la possibilité d'étendre la répartition du produit de la taxe sur l'énergie. Ensuite, concernant le montant de la taxe sur l'énergie, nous avons proposé une taxe de 0,4 centime par kilowattheure afin d'aller en direction du Conseil des Etats. Une forte minorité de la commission a proposé 0,2 centime.

C'est finalement par 12 voix contre 10 que nous vous proposons le montant de 0,4 centime le kilowattheure.

Nous avons tenu également, à propos de l'article 1a alinéa 2 et de l'article 24 alinéa 5 des dispositions transitoires, une nouvelle discussion. Et là aussi, nous avons essayé de trouver un chemin intermédiaire entre la décision du Conseil des Etats et la nôtre. Finalement, nous proposons que la taxe sur l'énergie, dans la disposition transitoire, soit prélevée pen-

Militärische Bauten (Bauprogramm 1999)

Ouvrages militaires (Programme de constructions 1999)

| | |
|---------------------|--|
| In | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung |
| Dans | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale |
| In | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr | 1999 |
| Année | |
| Anno | |
| Band | V |
| Volume | |
| Volume | |
| Session | Herbstsession |
| Session | Session d'automne |
| Sessione | Sessione autunnale |
| Rat | Nationalrat |
| Conseil | Conseil national |
| Consiglio | Consiglio nazionale |
| Sitzung | 11 |
| Séance | |
| Seduta | |
| Geschäftsnummer | 99.030 |
| Numéro d'objet | |
| Numero dell'oggetto | |
| Datum | 05.10.1999 - 08:00 |
| Date | |
| Data | |
| Seite | 2014-2018 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 20 046 521 |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.